vdl informiert

Weihnachtsausgabe 2024



@junger_vdl @vdl_hessen

@verbandderlehrerhessen

DER Berufsverband für GHRF-Lehrkräfte!

ZUM INHALT

- Vorwort
- Geltendmachung bzw. Wahrung von besoldungsrechtlichen Ansprüchen für das Haushaltsjahr 2024 – Gesamtbesoldung und -versorgung
- dlh-Nachrichten 01/2024
- dlh-Nachrichten 02/2024
- Aus dem dlh: Pressemitteilung des dlh vom 17.12.24: Schulausflugticket wird 2025 fortgesetzt – dlh fordert Ausweitung auf die Oberstufe
- Position: vdl kritisiert geplante Reform zur Einstellung von Lehrkräften mit nur einem Studienfach
- junger vdl: Übergabe der Petition zur Bekämpfung der Sommerferienarbeitslosigkeit junger Lehrkräfte in Hessen
- Aus dem VDR: VDR zum Deutschen Schulbarometer
- Aus dem VDR: Der Digitalpakt wird zur Hängepartie
- Aus dem VDR: Bildungspolitische Forderungen zur Bundestagswahl 2025
- Das Landesvorsitzenden-Team unterwegs
- Aus den vdl- und dlh-Kreisverbänden
- Ausblick / Termine / Ankündigungen
- 10 gute Gründe für eine Mitgliedschaft im vdl hessen

Impressum:

"vdl informiert" wird herausgegeben vom Verband der Lehrer Hessen

Landesvorsitzender:
Jörg Leinberger
Mainstraße 24
63329 Egelsbach
landesvorsitzender@vdl-hessen.info

Mitgliederbetreuung::
Tina Horneff
Postfach 1121
65796 Bad Soden
mitgliederbetreuung@vdl-hessen.info

Redaktion:
Claus Eschenauer
eschenauer@vdl-hessen.info

Layout:
Kerstin Mück
mueck@vdl-hessen.info

Bildquellen: Social Media-Buttons Vorderseite - Freepik

Sonstige Bilder: ohne Kennzeichnungspflicht, siehe Deklaration oder privat

VORWORT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Weihnachtsfest möchten wir Ihnen die letzte Ausgabe von „vdl – informiert“ in diesem Jahr präsentieren. Darin blicken wir auf die Höhepunkte zurück, die uns als Verband der Lehrer Hessen in den letzten Monaten bewegt haben.

Themen, die uns beschäftigt haben

Im Fokus standen unter anderem die Geltendmachung und Wahrung besoldungsrechtlicher Ansprüche für das Haushaltsjahr 2024, insbesondere in Bezug auf die Gesamtbesoldung und -versorgung. In den dlh-Nachrichten der ersten beiden Ausgaben des Jahres 2024 finden Sie hierzu weitere Informationen.

Ein zentrales Thema war außerdem die Kritik des vdl an der geplanten Reform, Lehrkräfte mit nur einem Studienfach einzustellen. Auch die übergabe der Petition des „jungen vdl“ zur Bekämpfung der Sommerferien-arbeitslosigkeit junger Lehrkräfte in Hessen war ein bedeutender Schritt in diesem Jahr.

Darüber hinaus beschäftigten wir uns mit aktuellen Entwicklungen aus dem Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), darunter das Deutsche Schulbarometer, die stockende Umsetzung des Digitalpakts und die bildungspolitischen Forderungen des VDR zur Bundestagswahl 2025.

Nicht zu vergessen sind die zahlreichen Aktivitäten unseres Landesvorsitzenden-Teams, die über das ganze Jahr hinweg vor Ort präsent waren, sowie die Arbeit in den vdl- und dlh-Kreisverbänden, die einen wichtigen Beitrag zum Erfolg unseres Verbands leisten.

Abschließend möchten wir Ihnen auch einen kurzen Ausblick auf kommende Termine und Ankündigungen geben.

Neue Publikationsstrategie ab 2024

Aufgrund gestiegener Produktionskosten und unserer rein ehrenamtlichen Struktur haben wir beschlossen, künftig nur noch zwei Printausgaben und zwei Online-Ausgaben pro Jahr zu veröffentlichen. Unsere Online-Ausgaben, die Homepage sowie unsere Facebook- und Instagram-Kanäle werden Sie weiterhin regelmäßig informieren.
Die beiden Printausgaben sollen künftig ausgewählte Themen intensiver beleuchten – Themen, die uns Lehrkräften besonders am Herzen liegen.

Wir danken Ihnen für Ihre Treue zu unserem Verband und wünschen Ihnen und Ihren Familien erholsame Feiertage sowie einen guten Start ins neue Jahr!

Mit herzlichen Grüßen,
Ihr
Claus Eschenauer, stellvertretender Landesvorsitzender

vdl
VERBAND DER LEHRER HESSEN

GEMEINSAM setzen wir uns für die hessischen Lehrkräfte ein.
BILDUNG ist unser Thema.
MITGESTALTEN von Schule und Bildungspolitik ist unser Ziel.

Ihr Kontakt zum vdl hessen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Ihren Anliegen rundum die **Mitgliederbetreuung** dürfen Sie sich jederzeit vertrauensvoll an Tina Horneff wenden:



mitgliederbetreuung@vdl-hessen.info

ODER

Tina Horneff
Postfach 1121
65796 Bad Soden

Frau Horneff ist Ihre Ansprechperson für Änderungen des Namens, der Anschrift, des Beschäftigungsumfangs oder der Stammschule. Nur mit einer aktuellen Datenlage können wir Sie mit den neuesten Informationen aus dem Verband versorgen!

Sie haben Rückfragen zum Bereich der Landeskasse, Ihre Bankverbindung hat sich geändert oder die letzte Abbuchung des Mitgliedsbeitrags hat nicht funktioniert? Dann sind Jutta Kuhne und Jasmin Richter von der **Landeskasse** Ihre Ansprechpersonen:

landeskasse@vdl-hessen.info





Sie möchten dem Verband etwas **inhaltlichen Input mitgeben oder Rückmeldung zu verschiedenen Themen** geben? Das können Sie gerne über den Landesvorsitzenden und seine Stellvertreterinnen und -vertreter tun:

leinberger@vdl-hessen.info
georg@vdl-hessen.info
horneff@vdl-hessen.info
eschenauer@vdl-hessen.ino









Sie wissen nicht genau, an welcher Adresse Ihr Anliegen richtig ist?
Dann dürfen Sie auch einfach nur folgende Mailadresse nutzen:

info@vdl-hessen.info



Geltendmachung bzw. Wahrung von besoldungsrechtlichen Ansprüchen für das Haushaltsjahr 2024 – Gesamtbesoldung und -versorgung

Der dbb Hessen hat seinen Mitglieds-verbänden in einer Nachricht vom 25. November 2024 Folgendes zur Thematik Geltendmachung bzw. Wahrung von besoldungsrechlichen Ansprüchen mitgeteilt:

"Da sich das Jahr dem Ende zuneigt und wir zuletzt mit zahlreichen Anfragen befasst waren, sprechen wir nachstehend für die einzelnen Fallkonstellationen Empfehlungen zur Geltendmachung bzw. Wahrung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Ansprüche für das Haushaltsjahr 2024 aus.

1.) Landesbeamtinnen und -beamte (auch auf Probe) sowie Landesversorgungs-empfängerinnen und -empfänger, die in den zurückliegenden Jahren ihre Ansprüche bereits geltend gemacht hatten:

Mit Schreiben vom 18. November 2024 hat uns der Hessische Innenminister Prof. Dr. Poseck versichert, dass der bereits von seinem Vorgänger in der 20. Legislaturperiode erklärte Verzicht auf die Einrede der zeitnahen Geltendmachung von Besoldungsansprüchen weiterhin Geltung behält.

Insofern halten wir auch die Geltend-machung von Besoldungsansprüchen für das Jahr 2024 für entbehrlich.

Hinzu kommt, dass das BVerfG sowie der Hessische Verwaltungsgerichtshof in seinen Entscheidungen vom 4. Mai 2020 bzw. vom 30.11.2021 festgelegt hatten, dass Beamtinnen und Beamte, die einmal ihre Ansprüche geltend gemacht haben, dies in den folgenden Jahren nicht wiederholen müssen.

2.) Landesbeamtinnen und -beamte (auch auf Probe) sowie Landesversorgungs-empfängerinnen und -empfänger, die bislang noch keine Ansprüche geltend gemacht hatten:

Bezugnehmend auf die Rechtsprechung des BVerfG, zuletzt v. 4. Mai 2020, sowie die Entscheidung des VGH v. 30.11.2021 empfehlen wir hier, für das laufende Haushaltsjahr 2024 Widerspruch einzulegen und den Anspruch geltend zu machen.

3.) Beamtinnen und -beamte (auch auf Probe) sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim Bund und bei den Kommunen:

Auch hier empfehlen wir, für das laufende Haushaltsjahr 2024 Widerspruch einzulegen und den Anspruch geltend zu machen, sofern nicht eine entsprechende Erklärung des jeweiligen Dienstherrn über die fortdauernde Wirkung bereits geltend gemachter Ansprüche bzw. über den Verzicht auf die Einrede der zeitnahen Geltendmachung von Ansprüchen abgegeben wurde."

Wir weisen darauf hin, dass die evtl. Geltendmachung der Ansprüche bei der jeweiligen Bezügestelle spätestens bis zum 31.12.2024 erfolgt sein muss. Es ist sinnvoll, sich eine Eingangs- bzw. Sendebestätigung aufzubewahren.

Ein Musterschreiben erhalten Sie unter info@vdl-hessen.info

dlh-Nachrichten aus dem HPRS - 01/2024

1) Personalratswahlen 2024

Nachdem am 14./15. Mai die Personalräte an den einzelnen Schulen, die Gesamtpersonalräte Schule in den Staatlichen Schulämtern hessenweit, und auch der Hauptpersonalrat Schule neu fur 4 Jahre gewählt wurden, haben die Personalvertretungen mit den konstituierenden Sitzungen Ende Mai 2024 ihre Arbeit aufgenommen. Wir wünschen als dlh allen gewählten Kolleginnen und Kollegen viel Erfolg!

Wir werden uns auch in der neuen Wahlperiode dafür einsetzen, dass die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte verbessert werden, auch wenn das HPVG erst im vergangenen Jahr überarbeitet wurde. Insbesondere fur die öPR wäre es wichtig, die Entlastung (in der Regel eine Deputatstunde pro Woche) angesichts der gestiegenen Belastung in den letzten Jahren zu verbessern.

2) Versetzungsanträge: Nicht nur digital, sondern weiterhin auch analog möglich

Versetzungsanträge zum Schuljahreswechsel sind weiterhin sowohl in analoger als auch in digitaler Form möglich. Die Staatlichen Schulämter stellen somit nach wie vor entsprechende Formulare auch für den Antragsweg in Papierform zur Verfügung. Für die digitale Variante ist eine Registrierung über das NzüK- bzw. Service-Portal notwendig. Zu beachten ist, dass es ca. 1 Tag dauert, bis die eingegebenen Daten in das Bewerberprofil eingespielt sind. Etwas irritierend ist bislang noch gewesen, dass für den Versetzungsantrag die Kachel „Bewerbung“ angeklickt werden muss. Leider erhalten weder Antragssteller(in) noch zuständige Dienstvorgesetzte eine umfassende Dokumentation uber den Vorgang. Ein weiteres Manko ist bislang die fehlende automatische Einbindung der öPR, die eine Stellungnahme zur Versetzung abgeben. Hier sollte das Ministerium entsprechend fur Verbesserungen sorgen.

Die Antragsstellung erfolgt immer mit Frist zum 01.02. eines Jahres fur die gewünschte Versetzung zum kommenden Schuljahr. Weitere Informationen zum e-recruiting Hessen gibt es unter:

3) Beihilfeanträge: Lange Wartezeiten und viele Beschwerden

Die Beschwerden uber die zum Teil sehr langen Wartezeiten bei der Bearbeitung der Beihilfeanträge halten an, sind aber nicht neu. Während man vor einiger Zeit eine Verbesserung feststellen konnte, haben sich im aktuellen Jahr wieder Verschlechterungen ergeben. Dies ist zumindest ärgerlich, auch weil die privaten Krankenkassen zumeist deutlich schneller mit der Bearbeitung und überweisung sind, oft aber auch z.B. bei Pensionären oder LiV existentiell angesichts der Inflation der letzten Jahre. Vermutungen, man sei bei der Sachbearbeitung unter besonderer Beobachtung und müsse deswegen längere Wartezeiten inkauf nehmen, kann man allerdings entkräften, da es im Gegensatz z.B. zum Finanzamt keine zugeordnete Sachbearbeitung zu bestimmten Personalnummern/Personen gibt. Auch ist der Hinweis zur Bearbeitungszeit auf der Seite des RP Kassel nicht uneingeschränkt gültig. Sofern ein Antrag bestimmte Kriterien erfüllt (z.B. ärztliche Leistung, Medikamente, OP), kann es auch deutlich schneller gehen, und die überweisung binnen weniger Tage eintreffen. Weiterhin weist das RP Kassel darauf hin, dass uber die App eingereichte Anträge schneller bearbeitet werden. Eine beschleunigte Bearbeitung erfolgt ab einer Gesamtsumme von 4000€.

dlh-Nachrichten aus dem HPRS - 01/2024



4) Unterricht in Wiederbelebung in den siebten Klassen

Ein weiteres Modellprojekt hat das HMKB betreffend den Unterricht in Wiederbelebung in den siebten Klassen auf den Weg gebracht. Nachdem bereits im SJ 2023/24 an 30 weiterführenden Schulen dieser erprobt wurde, waren die Staatlichen Schulämter aufgefordert, aus ihrem Amtsbereich jeweils zwölf weiterführende Schulen fur die Ausweitung des Modellprojekts zu benennen. Dies hat mancherorts fur Irritationen gesorgt, da zumindest nicht alle Gesamtpersonalräte beteiligt oder informiert wurden. Wir kritisieren hier den kurzen Vorlauf, da somit auch keine umfassende inhaltliche Diskussion erfolgen konnte. U.a. wurde als Kritik der ausgewählte Jahrgang 7 vorgebracht (Ist eine höhere Jahrgangsstufe fur diesen Unterricht geeigneter?). Auch die Frage der Auswahl der teilnehmenden Schulen wurde hinterfragt (Sind z.B. zertifizierte Schulen geeigneter, oder sollte man eher Schulen auswählen, für die das nicht zutrifft?). Ebenso könnte man hinterfragen, ob Lehrkräfte uberhaupt geeignet sind, diesen Unterricht durchzuführen, oder ob man nicht besser Experten zur Zusammenarbeit in die Schulen hinzu geholt hätte. Unstrittig ist das gute Ziel, die Reanimationsquote zu steigern, und Schülerinnen und Schüler fur Notsituationen vorzubereiten. Allerdings bedeutet auch dieses Projekt wieder eine Maßnahme zur Hebung der Arbeitsleistung (HPVG §78), welche den organisatorischen Angelegenheiten des Personalrats zuzuordnen ist. An den Schulen müssen die Reanimationspuppen verwaltet werden, Lehrkräfte sind zu befähigen über Fortbildungen und/oder Schulungsvideos, was Zeit und Vorbereitung erfordert. Auch müssen Ansprechpartner ernannt werden. Die Frage stellt sich, was Schulen noch zusätzlich leisten können, auch und gerade in Zeiten des Fachkräftemangels und der zunehmenden Arbeitsverdichtung.

5) Startchancenprogramm: Holpriger Start?

Im Frühjahr 2024 wurde fur Hessen die Teilnahme am Startchancenprogramm verkündet. 321 Schulen in Hessen sollen nach abgeschlossener Auswahl daran teilnehmen, zum SJ 2024/25 zunächst etwas mehr als 90. Diese sollen in schwierigem Umfeld zusätzliche Mittel und Personal bekommen. Die Maßnahme kostet das Land Hessen jährlich 80 Mio. €, den gleichen Betrag schießt der Bund dazu. Der Schwerpunkt liegt wohl auf den Grundschulen, die mindestens 60% der Mittel erhalten sollen. Ziel ist die Förderung von Bildungschancen unabhängig vom Elternhaus. Grundlage für die Auswahl ist ein sogenannter „Startchancenindex plus weitere Indikatoren“. Eine Säule des Programms sind Schulhelfer(innen). Hier scheinen Fragen offen zu sein, welche und ob überhaupt Qualifikationsanforderungen an Bewerber(innen) bestehen (Bislang heißt es: „keine expliziten fachlichen Qualifikationen“)? Zu klären sind auch z.B. Beteiligungsrechte der Personalräte, Details zu Teilnahmerechten an Konferenzen oder Unterstützungsangebote für die Schulhelfer(innen). Konkreter sollte es auch hinsichtlich möglicher Aufgaben werden, die seitens des HMKB genannt werden (Unterstützung bei der Organisation von Exkursionen, Informationsweitergaben an das Sekretariat, oder Einsatz von digitalen Endgeräten vorbereiten). Angesichts dieser notwendigen Klärungen scheint der Startzeitpunkt ohne umfassende und abschließende Diskussion vor allem zum Einsatz der Helferinnen und Helfer zu kurzfristig, zumal auch hier wieder Mehrarbeit fur die Kolleginnen und Kollegen zu erwarten ist, welche in der direkten Zusammenarbeit wiederum ihre Vorhaben koordinieren und erklären mussen.

dlh-Nachrichten aus dem HPRS - 01/2024

6) Schulsport in Hessen: Neufassung des Erlasses

Nachdem der bisherige Erlass zur Organisation des Schulsports in Hessen vom 1.8.14 (Amtsblatt S. 252) bereits 2019 ausgelaufen ist, hat das Ministerium eine Neufassung auf den Weg gebracht. Nachdem die Landesservicestelle fur den Schulsport bereits aufgelöst und in die Lehrkräfteakademie integriert sowie Verbundverantwortliche ernannt wurden, klärt der neue Erlass u.a. die Aufgaben der ZFS (u.a. schulsportliche Wettbewerbe und Veranstaltungen, Beratung und Fortbildung), aber auch in der regionalen Ebene bzw. vor Ort die Rolle der Generalist(inn)en im jeweiligen Schulamt, der Verbundverantwortlichen, der Schulsportkoordinator(inn)en und der Schulsportleiter(inn)en.

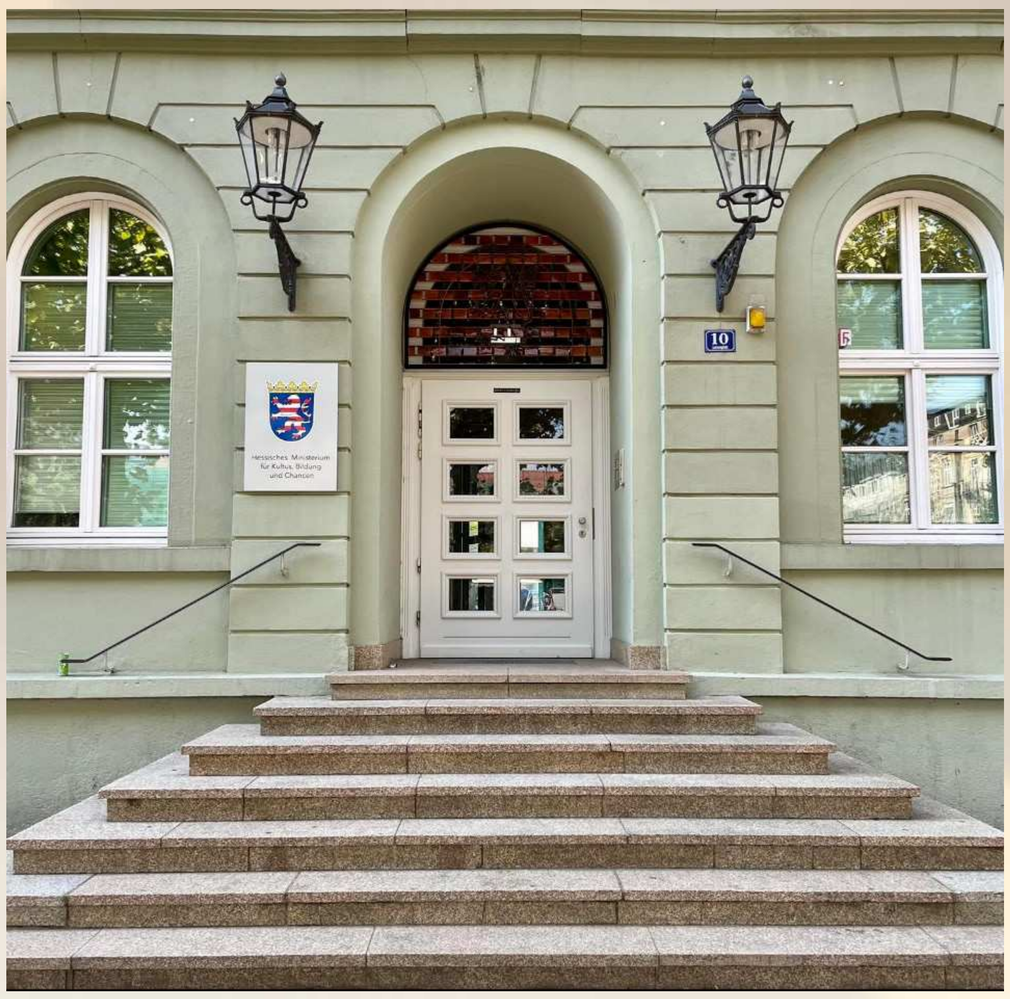
7) Vorbereitung des Gesprächs des HPRS mit Minister Schwarz Ende September 2024

Die dlh-Fraktion hat in Vorbereitung zum Gespräch des HPRS mit dem Kultusminister wie auch die anderen Fraktionen Fragen vorbereitet. Diese befassen sich u.a. mit den Themen Digitalpakt 2.0, Gewalt an Schulen, Schulwanderfahrten, Fortbildungen, Lebensarbeitszeitkonto und natürlich dem Lehrkräftemangel. Angesichts der durch die Landesregierung auch in der Öffentlichkeit vorgebrachten Verschlechterungen im Bereich der Finanzen im Landeshaushalt ist zu erwarten, dass der Schwerpunkt des Gesprächs auf diesem Bereich liegen wird.

8) Verschiedenes/Ausblick

Bereits seit der Einführung von PPB (Planungssystem Personal und Budget) steht die Einbindung von Personalräten auf verschiedenen Ebenen aus. Wie hier z.B. eine geeignete Rollendefinition geschaffen werden kann, um die personalrätliche Einbindung zu ermöglichen, steht ebenso wie die überarbeitung der Richtlinien fur die dienstliche Beurteilung der Lehrkräfte des Landes Hessen aus.

Erstellung der PR-Nachrichten durch die DLH-Fraktion im Hauptpersonalrat Schule / Stand: 25.08.2024



dlh-Nachrichten aus dem HPRS - 02/2024

1) Besoldungsverschiebung vom 01.08.2025 auf den 01.12.2025

Die Landesregierung plant die Verschiebung der 2. Stufe der Besoldungserhöhung für das Jahr 2025 vom 01.08. auf den 01.12. Das erst im späten Frühjahr beschlossene Gesetz, welches das Ergebnis der Tarifverhandlungen aus dem März 2024 auf Beamtinnen und Beamten überträgt, ist schon wieder Geschichte. Wie man nicht nur der Presse entnehmen kann, gibt es keinerlei Verständnis dafür unter der hessischen Beamtenschaft, die ohnehin seit fast 10 Jahren verfassungswidrig besoldet wird. Hier noch eimal in negativer Hinsicht eine Steigerung vorzunehmen, hat wohl niemand erwartet, zumal sich die Einsparungen ausschließlich auf das Personal des Landes beziehen, und alle anderen Bereiche außen vor lassen.

Alle Gewerkschaften und Verbände, in denen Landesbeamtinnen und -beamte organisiert sind, sind sich einig, dass dieser Wortbruch, der gerade das Gegenteil einer aufholenden und reparierenden Besoldungsanpassung vornimmt, leider einzigartig ist, und zu einem riesigen Vertrauensverlust bereits jetzt schon geführt hat. Die hessischen Beamtinnen und Beamten sind betroffen, und die meisten von ihnen befürchten weitere Einschnitte in ihrem Bereich.

2) Ein-Fach-Lehrer als Lösungsansatz für ein attraktiveres Berufsangebot

Künftig wird die Möglichkeit zu unterrichten einfacher: Wer einen Magister, ein Diplom oder Master hat, kann nach dem absolvierten Vorbereitungsdienst auch mit nur einem Fach als Lehrkraft im hessischen Landesdienst verbeamtet werden. Die abschließende 3. Lesung im Gesetzgebungsverfahren ist für den Dezember vorgesehen. Die CDU-/SPD-Landesregierung erhofft sich dadurch eine stärkere Attraktivität auch für Lehrkräfte aus dem Ausland.

Bereits heute schon unterrichten gerade in den Fächern Sport, Musik oder Kunst Lehrerinnen und Lehrer mit einem Fach an den Schulen. Diesen steht künftig der Weg der Verbeamtung offen.

In den vergangenen Jahren ist die Schülerzahl deutlich angestiegen, was auch zu der Rekordzahl von mittlerweile über 65.000 unterrichtenden Lehrkräften geführt hat, die über 800.000 Schülerinnen und Schüler unterrichten.

Die Reaktionen auf das Vorhaben sind überwiegend positiv, wobei auch gefordert wird, dass eine Ausweitung der Angebote im Bereich Fortbildung und Weiterqualifizierung damit einhergehen muss.

Bedenken wurden u.a. dahingehend geäußert, dass Kolleginnen und Kollegen mit zwei oder mehr Fächern deswegen verstärkt nur noch in einem ihrer Fächer eingesetzt werden könnten.

3) Unterricht in Wertevermittlung

Eine Kontroverse hat die Initiative des Kultusministers ausgelöst, die Wertevermittlung stärker in den Fokus an Schulen zu rücken. Zunächst erfolgt diese „Offensive“ im Unterricht der Intensivklassen im Schuljahr 2024/25. Verwiesen wird dabei auf §2 Hessisches Schulgesetz, welcher die Schulen in der Pflicht sieht die Schülerinnen und Schüler zu „befähigen, in Anerkennung der Wertordnung des GG und der Verfassung des Landes Hessen … die Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und der Solidarität zu gestalten“. Dazu wurde im Oktober angekündigt, dass eine neue Koordinierungsstelle im Hessischen Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen (HMKB) eingerichtet werden soll.

dlh-Nachrichten aus dem HPRS - 02/2024

Neben ersten Hinweisen für Lehrkräfte sollen mit der geplanten Ausweitung auf die anderen Schulformen auch Anregungen gesammelt werden, wie ein solcher Unterricht mit welchen konkreten Inhalten dort aussehen kann.

Kritische Stimmen weisen darauf hin, dass auch jetzt schon Demokratie und freiheitliche Grundordnung Bestandteil des Unterrichts z.B. in Politik & Wirtschaft sind. Außerdem sei das Anliegen inhaltlich überfrachtet und noch nicht hinreichend definiert worden. Die Bekämpfung von Hetze, Extremismus, Antisemitismus, Falschinformation, Polarisierung und Fake News in sozialen Netzwerken wird seitens des Kultusministeriums in den Blickpunkt gestellt, aber auch der tägliche Umgang miteinander, was den gegenseitigen Respekt angeht.

4) Bürokratieabbau konkret: Passwortwechsel im Landesportal

Insbesondere Kolleginnen und Kollegen, welche sich nicht häufiger in den Landesportalen (sowohl NzüK- wie auch Service-Portal) wegen Reisekostenabrechnungen aufhalten, kritisieren die voreingestellte Pflicht zum Passwortwechsel in bestimmten Zeitabständen. Nachdem dies bereits seit Jahren im Service-Portal gefordert ist, wird seit einigen Wochen auch im NzüK-Portal dieser Passwortwechselzwang ausgeübt. Dies ist umso erstaunlicher, weil auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bereits 2020 davon abgekommen ist, solche Wechsel vorzuschreiben. Fachleute weisen bereits schon seit langem darauf hin, dass 2-Faktor-Absicherung und das Erstellen komplexerer Passwörter ausschlaggebend für die Sicherheit sind, nicht der Zwang zum Wechsel, der sogar als kontraproduktiv eingeordnet wird. Eine Änderung dahingehend würde es auch den hessischen Lehrkräften leichter machen ihre Kosten abzurechnen, und somit die Anzahl der Anfragen in den Dienststellen nach Hilfestellung deutlich reduzieren.

5) Warten auf den Digitalpakt 2.0

Das bundesweite Warten auf den Digitalpakt 2.0 hält aufgrund der Lage der öffentlichen Haushalte und der anstehenden Bundestagswahl im Februar an. Da der Digitalpakt 1.0 bereits ausgelaufen ist, und noch keine Einigung über eine anschließende Finanzierung erzielt werden konnte, fehlt es diesbezüglich an einer klaren Strategie zur Weiterführung des Digitalisierungsprozesses. In der Diskussion geht es hauptsächlich darum, mit welchen Anteilen sich Bund und Länder finanziell beteiligen. Der Bund, der seit 2019 dafür 6,5 Mrd.€ aufgebracht hat, fordert auch aus verfassungsrechtlichen Gründen eine stärkere Beteiligung der Bundesländer, während sich diese eine Weiterführung im Verhältnis von bis zu 90:10 (Bund zu Länder) wünschen. Insbesondere die Einführung von dienstlichen Endgeräten von Lehrkräften hängt an dem Digitalpakt 2.0. Bislang gibt es schulische Leihgeräte zur pädagogischen Nutzung, die aber aufgrund der gestiegenen Lehrerzahl in den letzten Jahren ohnehin nicht allen Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung stehen.

Erstellung der PR-Nachrichten durch die dlh-Fraktion im Hauptpersonalrat Schule / Stand: 25.11.2024



Aus dem dlh:
Pressemitteilung des dlh vom 17.12.24: Schulausflugticket wird 2025 fortgesetzt – dlh fordert Ausweitung auf die Oberstufe

Das Land Hessen wird das Angebot des Schulausflugtickets für die Schulen auch über den 31.12. 2024 aufrechterhalten. Der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbandes Hessen (dlh), Boris Krüger, begrüßt ausdrücklich diesen Schritt: „Die Landesregierung ist unserer Argumentation gefolgt und hat angesichts steigender Kosten für schulische Exkursionen und Fahrten eine richtige Entscheidung getroffen, die Bildung unabhängig von der sozialen Herkunft macht."

Das Schulausflugticket berechtigt Schulklassen der Grundschule sowie der Sekundarstufe I hessischer Schulen einschließlich einer Lehrkraft und einer weiteren Begleitperson als Gruppe zur unentgeltlichen Nutzung des ÖPNV zu Ausflugszwecken im Schulalltag – unabhängig davon, ob die Schülerinnen und Schüler im Besitz eines Schülertickets sind. Auch klassen- und jahrgangsubergreifende Lerngruppen konnen das Ticket fur Schulausfluge nutzen, da es nicht klassengebunden ist. Das Schulausflugticket wird vom Land Hessen finanziert und steht den Schulen kostenlos zur Verfugung.

Der dlh erinnert in diesem Zusammenhang an seine Forderung, diese Regelung auch auf die Oberstufe zu erweitern. „Die gestiegenen Preise treffen insbesondere wirtschaftlich schwächere Familien umso stärker, daher wäre dies eine weitere sinnvolle Maßnahme der Landes-regierung", so der dlh-Landesvorsitzende. Gerade Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II sollten mit einbezogen werden, was z.B. auch für die Erstattung von Fahrkarten bei der Durchführung des Pflichtpraktikums in der Oberstufe gilt.

Boris Krüger fordert zum Handeln auf: „Politik und Gesellschaft wollen mehr Projektarbeit, mehr Nähe zu wichtigen Orten und Institutionen, mehr Teilnahme an Wettbewerben. Das sollte sich auch in einer umfassenderen Budgetierung von Schulfahrten niederschlagen."

Boris Krüger

Mobil: 0151-42341192

Kassel, den 17.12.2024



Position:
vdl kritisiert geplante Reform zur Einstellung von Lehrkräften mit nur einem Studienfach

Der Verband der Lehrer Hessen (vdl) sieht die Pläne der hessischen Landesregierung, künftig Lehrkräfte mit nur einem Studienfach einzustellen, kritisch. Wie die Hessenschau am 23. August berichtete, soll es Quereinsteigenden mit Universitätsabschluss künftig ermöglicht werden, nach erfolgreichem Referendariat dauerhaft in nur einem Fach zu unterrichten. Damit will Hessen den Lehrkräftemangel bekämpfen und den Zugang zum Lehrberuf erleichtern.

Ob diese Maßnahme jedoch den akuten Lehrkräftemangel beheben kann, bleibt aus Sicht des vdl fraglich. „Das alleinige Unterrichten in einem Fach mag kurzfristig Stellen besetzen, löst jedoch nicht die tiefergehenden strukturellen Probleme, mit denen das Bildungssystem konfrontiert ist“, betont der Verband. Vor allem stellt der vdl die Qualität der Ausbildung in den Vordergrund: „Der Unterricht in zwei Fächern gewährleistet ein breites Fachwissen und pädagogische Flexibilität – wichtige Bausteine für einen erfolgreichen und vielseitigen Unterricht.“

Zudem bleibt zu befürchten, dass die ohnehin angespannte Situation an hessischen Schulen durch die unzureichende Vorbereitung auf die komplexen Herausforderungen des Lehrberufs weiter verschärft wird. Gerade in der Sekundarstufe I und an beruflichen Schulen, wo der Lehrkräftemangel besonders ausgeprägt ist, müsse auf Qualität und nicht nur auf Quantität gesetzt werden.
Der vdl wird die Entwicklung der Reform und deren Auswirkungen auf die Bildungsqualität in Hessen weiter kritisch begleiten und sich für nachhaltige Lösungen im Interesse der Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler einsetzen.



Foto: Adobe Express

junger vdl:
Übergabe der Petition zur Bekämpfung der Sommerferienarbeitslosigkeit junger Lehrkräfte in Hessen

Am 28.08.2024 haben Victoria Hildebrand und Boris Krüger von den Jungphilologen Hessen und Kerstin Mück vom jungen VDL vor dem Staatlichen Schulamt Kassel eine Petition mit 1121 Unterschriften an Oliver Ulloth, SPD-Mitglied und Vorsitzender des Petitionsausschusses im Hessischen Landtag, übergeben. Die Petition fordert die Landesregierung Hessen auf, die Sommerferienarbeitslosigkeit junger Lehrkräfte nach dem Vorbereitungsdienst und vor dem ersten Vertrag zu beenden.
Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner setzen sich für einen verbindlichen Einstellungstermin zum 1. August eines jeden Kalenderjahres ein, um sicherzustellen, dass junge Lehrkräfte nahtlos in ihre berufliche Laufbahn starten können.

„Es ist entscheidend, dass wir jungen Lehrkräften Perspektiven bieten und sie nicht in eine Phase der Unsicherheit drängen“, betonen Victoria Hildebrand, Kerstin Mück und Boris Krüger.
Die Übergabe der Petition markiert einen wichtigen Schritt im Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen im Bildungssektor. Die Initiatorinnen und Initiatoren hoffen auf eine positive Reaktion der Landesregierung und eine zügige Umsetzung ihrer Forderungen.

Alle Informationen zur gemeinsamen Petition zum Nachlesen gibt es hier:





Foto: Freepik

Aus dem VDR:
VDR zum Deutschen Schulbarometer



Zu den Ergebnissen des Deutschen Schulbarometers:

Das Deutsche Schulbarometer zeigt hohe psychische Belastungen bei Schülerinnen und Schülern. Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) mahnt bessere Rahmenbedingungen an.

„Die Ergebnisse des aktuellen Deutschen Schulbarometers sind alarmierend. Wenn sich mehr als 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen psychisch belastet und in der Schule nicht wohl fühlen, dann müssen wir das sehr ernst nehmen und gegensteuern.“ So kommentiert der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Ralf Neugschwender, die Ergebnisse der repräsentativen Studie der Robert-Bosch-Stiftung unter Schülerinnen und Schülern von 8 bis 17 Jahren. Seit Beginn der Corona-Pandemie wachsen Kinder und Jugendliche in einer Dauerkrisenschleife heran – Ukraine-Krieg, Nahostkonflikt, Klimakrise, wirtschaftliche Rezession, politische Instabilität sind hier unter anderem zu nennen. Zukunftsängste – auch und besonders bei der jungen Generation – sind die Folge.

„Vieles kann offenbar nicht mehr im Elternhaus aufgefangen werden“, so Neugschwender. „Umso wichtiger wird die Aufgabe der Schulen. Mehr denn je gilt: Auf die Lehrkräfte kommt es an. Sie können ihren Schülerinnen und Schülern Orientierung und Halt geben.

Eine vertrauensvolle Lehrer-Schüler-Beziehung kann für Kinder und Jugendliche ein Stabilitätsanker sein. Allerdings müssen dafür auch die Rahmenbedingungen stimmen: Vielerorts fehlt es immer noch massiv an Angeboten in der Schulsozialarbeit und Schulpsychologie. Zudem zeigt die Studie in hoher Dringlichkeit, dass Lehrkräfte mehr Zeit für ihr pädagogisch-didaktisches Kerngeschäft, aber auch für den einzelnen Schüler, die einzelne Schülerin brauchen. Das erfordert eine konsequente Entlastung von nicht-pädagogischen Aufgaben, zum Beispiel durch Schulverwaltungs- oder Digitalassistenzen.“

Es ist aus Sicht des VDR sinnvoll und wichtig, dass das Deutsche Schulbarometer den Fokus auf psychische Belastungen bei Schülerinnen und Schülern richtet. Schülergesundheit und Lehrergesundheit sind zwei Seiten derselben Medaille. Daraus ergeben sich laut Neugschwender zwei zentrale Forderungen an die Bildungspolitik in Bund und Ländern. „Zum einen müssen die Anstrengungen zur Behebung des Lehrkräftemangels weiter intensiviert werden, und zum anderen muss die Attraktivität des Lern-, Lebens- und Arbeitsortes Schule einen deutlich höheren Stellenwert bekommen.“

Aus dem VDR:
Der Digitalpakt wird zur Hängepartie



Ein Schritt nach vorne, aber noch lange kein Durchbruch

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) begrüßt die Einigung zwischen Bund und Ländern zur Fortsetzung des Digitalpakts. „Der Bildungsföderalismus sendet damit ein lange ersehntes Lebenszeichen“, so der Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender.

Allerdings bleibt der VDR kritisch. „Es gibt noch zu viele Unklarheiten, um von einem großen Erfolg zu sprechen“, erklärt Neugschwender. Nicht nur sei das finanzielle Volumen des neuen Digitalpakts geringer als in der Vergangenheit, sondern die Einigung steht zudem unter dem Vorbehalt der kommenden Bundesregierung. Dies schaffe für Schulen keine Planungssicherheit, da unklar ist, ob die beschlossenen Maßnahmen tatsächlich wie vorgesehen umgesetzt werden.

Damit die Mittel ab dem 1. Januar 2025 fließen können, müssen die Länder ins Risiko gehen und die Vorfinanzierung leisten. Neugschwender zeigt sich skeptisch: „Es steht zu befürchten, dass viele Länder dieses Risiko nicht eingehen werden. Damit bleibt die Digitalisierung der Schulen eine Hängepartie.“

Der VDR fordert deshalb eine dauerhafte Verstetigung der finanziellen Mittel. Nur so könne die digitale Transformation der Schulen unabhängig von der aktuellen Haushaltssituation auf Bundesebene sichergestellt werden. Der jetzige Beschluss sei lediglich ein Zwischenschritt – zu viele Fragen blieben offen, um von einer nachhaltigen Lösung zu sprechen.

Foto: KI generiert.

Aus dem VDR: Bildungspolitische Forderungen zur Bundestagswahl 2025

„Wir erwarten klare Weichenstellungen“

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) hat ein Positionspapier mit bildungspolitischen Forderungen zur Bundestagswahl 2025 vorgelegt.

Mit der Plenarsitzung am 16. Dezember im Deutschen Bundestag ist nun klar, dass die Abgeordneten dem Bundeskanzler das Vertrauen entzogen haben. Damit ist der Weg frei, dass der Bundespräsident Neuwahlen auf den Weg bringen kann. Neben den Themen Wirtschaft, Migration und Verteidigung wird auch die Bildung im aufziehenden Bundestagswahlkampf eine Rolle spielen.

Die Schulen und das Schulsystem in Deutschland als Ganzes stehen vor enormen Herausforderungen. Lehrkräftemangel, Inklusion, Integration, Digitalisierung, wachsende politische und gesellschaftliche Fliehkräfte, die sich auch in vielen Schulen bemerkbar machen, sind nur einige Stichworte. „Gerade in der aktuell instabilen politischen Lage braucht die schulische Bildung verlässliche Rahmenbedingungen. Das erfordert klare, langfristige Weichenstellungen. Hier ist die künftige Bundesregierung in der Pflicht“, erklärt der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Ralf Neugschwender.

Der VDR steht zum Bildungsföderalismus in Deutschland, stellt aber konkrete Forderungen zur Bundestagswahl, um die Bildungspolitik aktiv mitzugestalten und sicherzustellen, dass die Interessen der Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler im Fokus zukünftiger Regierungsarbeit stehen.

Dazu hat der VDR mit seinen Landesverbänden ein Positionspapier vorgelegt, das die bildungspolitischen Forderungen und Notwendigkeiten in fünf Kapiteln zusammenfasst. Kernpunkte sind unter anderem die Forderung nach dem Erhalt und Ausbau eines leistungs- und begabungsorientierten, differenzierten Bildungssystems, mehr Chancengerechtigkeit und Teilhabe z.B. durch eine Ausweitung des Startchancen-Programms, dem Bekenntnis zu einer qualitätsvollen Lehrkräfteausbildung, mehr Unterstützung durch sozialpädagogisches und schulpsychologisches Fachpersonal sowie weitere Unterstützungskräfte, einer Verstetigung des Digitalpakts, einem spürbaren Bürokratieabbau im Schulsystem und einer Intensivierung von Sprachfördermaßnahmen.

„Keine Frage: Bildung ist teuer. Aber keine Bildung ist noch teurer. In diesem Sinne erwarten wir von der künftigen Bundesregierung entschlossene Weichenstellungen“, betont Neugschwender.



Das Landesvorsitzenden-Team unterwegs:





Beim BÖB Kongress 2024 in Berlin







Das Landesvorsitzenden-Team unterwegs:





Bei der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Main-Kinzig





Das Landesvorsitzenden-Team unterwegs:





Bei der Vereinigung hessischer Unternehmerverbände e.V.

Bei der Bundesvorstandssitzung des VDR



Aus den vdl- und dlh-Kreisverbänden:

EINE AUSWAHL

1-tägige dlh-Personalräteschulungen wurden angeboten in

Hochtaunus / Wetterau (13.06.24)

Fulda (21.11.24)

Kassel (04.12.24)

dlh-Informationsveranstaltungen zur Beamtenversorgung mit Herrn Howorka gab es in

Bergstraße / Odenwald (07.11.24)

Fulda (02.05.24)

Hersfeld-Rotenburg / Werra-Meißner (10.10.24)

Kassel (07.03.24)

Lahn-Dill / Limburg-Weilburg (19.11.24)

Marburg-Biedenkopf (24.09.24)

In Kassel gab es

1 Personalrätetreffen mit starker Präsenz des dlh-Kreisverbands

und außerdem gab es aus Kassel auch noch 1x pro Woche den dlh-newsletter Schule vom dlh-Landesvorsitzenden Boris Krüger

In Fulda gab es

1x pro Monat einen dlh-Stammtisch

2 dlh-Kreisverbandssitzungen

1 vdl-Kreisverbandssitzung mit Neuwahl des Vorsitzes

1 dlh-Treffen am Weihnachtsmarkt

2 dlh-Kreisnewsletter

Zum dlh-newsletter!

Ausblick / Termine / Ankündigungen:

- Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands
- Vorbereitungstreffen 2. Hessischer Grundschultag 2025

- Fahrt zur didacta mit Treffen des VDR-Bundesvorsitzenden
- Vorbereitungstreffen 2. Hessischer Grundschultag 2025
- Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands

- Landeshauptausschusssitzung
- Klausurtagung vdl
- VDR-Frauenseminar in Fulda
- dlh-Klausurtagung
- Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands

Über unsere Website und die Social-Media-Kanäle bleiben Sie immer auf dem aktuellsten Stand!



DER VDL HESSEN
setzt sich ein für:

- Erhalt und Ausbau eines vielgliedrig differenzierten Schulsystems,
- Chancengerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler – kein Abschluss ohne Anschluss,
- Vergleichbarkeit im Bildungswesen,
- praxisorientierte Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte,
- Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums,
- Rücknahme der Arbeitsverdichtungen und Arbeitszeitverlängerungen im Lehrberuf,
- Besoldung des höheren Dienstes für alle Lehrämter,
- konsequenten Bürokratieabbau auf allen Ebenen.

10 GUTE GRÜNDE
für Ihre Mitgliedschaft im vdl Hessen

1. Durch den vdl Hessen werden Sie kompetent und engagiert vertreten!
Wir als vdl Hessen sind ein gewerkschaftlich organisiertes Team von Experten für den Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulzweig sowie Gesamtschulen und setzen uns engagiert für Ihre Interessen ein, um die Arbeitsbedingungen an Ihren Schulen zu verbessern.

2. Durch den vdl Hessen werden Sie individuell vertreten!
Wir vertreten die spezifischen Interessen aller Lehrerinnen und Lehrer an den Grund-, Haupt-, Real-, Förder- und Gesamtschulen in Hessen: Egal ob Sie angestellt oder verbeamtet sind. Wir verstehen uns als Verband, der um die Bedeutung eines vielgliedrigen, begabungsgerechten Schulsystems weiß und sich für dessen Erhalt einsetzt.

3. Durch den vdl Hessen werden Sie parteipolitisch neutral, lösungsorientiert und konstruktiv vertreten!
Wir treten für Sie parteipolitisch und konfessionell neutral sowie frei von ideologischen Motivationen ein. Uns ist an praktikablen gewerkschaftlichen und bildungspolitischen Lösungen gelegen und wir sind bestrebt, diese Schritt für Schritt konsequent zu verwirklichen.

4. Durch den vdl Hessen profitieren Sie von einem starken Netzwerk!
Wir stehen in regelmäßigem Kontakt mit allen an Bildungspolitik beteiligten Parteien, Verbünden und Organisationen. Als Mitgliedsgewerkschaft des Deutschen Beamtenbundes (dbb) gehören wir einem einflussreichen und durchsetzungsstarken Netzwerk an.

5. Durch uns sind Sie immer auf dem Laufenden und besser informiert!
Sie erhalten unsere Verbandszeitschrift „vdl informiert“, die VDR Bund-Zeitschrift „Bildung Real“ sowie Infomails und vieles mehr. Auf unserer Website finden Sie stets die aktuellsten Informationen für unseren und von unserem Verband.

6. Durch uns werden Sie in allen beruflichen Phasen unterstützt!
Egal ob Berufseinsteiger oder -einsteigerin, Pensionär oder Pensionärin, Lehrkraft im Vorbereitungsdienst, Lehrkraft im Angestelltenverhältnis oder Beamtenstatus, Lehrkraft in Teilzeit oder in Elternzeit. Von uns erhalten Sie passend zu jeder Berufsphase Informationsmaterial, Beratung und Fortbildungen.

7. Sie profitieren von niedrigeren Mitgliedsbeiträgen als bei anderen Gewerkschaften!

8. Sie erhalten über uns und den Deutschen Beamtenbund kostenlosen Rechtsbeistand und kostenlose Rechtsberatung in Fragen zu Dienst und Besoldung!

9. Sie erhalten eine kostenlose Diensthaftpflichtversicherung!

10. Sie profitieren durch Ihre Mitgliedschaft von den Rabatten und Angeboten des dbb vorsorgewerks und der dbb vorteilswelt!

Überzeugt? Dann geht es hier zur Beitrittserklärung

vdl VERBAND DER LEHRER HESSEN

VERBAND DER LEHRER HESSEN
im Deutschen Lehrerverband Hessen dlh
im Deutschen Beamtenbund dbb

vdl-hessen.info